

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: K. H. Schönlank, Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Zur Nr. 465: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berlin bei halbjährlicher Zahlung durch die Post bei halbjährlichem Vorlauf monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,50 M.
Die 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen. Die 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen.
Einzelhefte 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen.

Druck- und Verlagsanstalt: K. H. Schönlank, Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Innerhalb der Redaktion werden nicht aufgenommen.

Das Hauptereignis der Völkerbundstagung.

Eine Rede Noblemaires.

Frankreich hat „moralisch“ abgerüstet!
Genf, 1. Okt. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung über die Abrüstungsfrage hielt der französische Delegierte Noblemaire eine lange Rede, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem darlegte und als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechtes forderte. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden, und zwar an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Noblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Julianatrag Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiederentwaffnungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und totale Auslieferung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundespatentes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung neuer Rüstungen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt (?), so daß die Fortführung der Disziplinären Kontrolle nicht überflüssig (!) ist, so wenig wie die in Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Noblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei, als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. (1) Wie steht es mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Weisheit und der Vergeßlichkeit hat, oder aber wir wissen zu gut, daß sie noch auf harte Widerstände stößt. Wir leben, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankens gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie, und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenhängt, gemiß und voll erst an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbeschränkt sich selber demokratischer Einrichtungen erfreut, und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will behaupten, daß in dieser Stunde der Ausdehnung des Zweifels noch unklar ist, daß wir infolgedessen mit Gewalt bei Fuß bleiben müssen? Das sei, so führte Noblemaire weiter aus, kein Militarismus (!), sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbunde und werde nicht auch nach Washington gehen.

Die Kommissionsanträge zur Abrüstung.

Genf, 1. Oktober. Die Völkerbundversammlung nahm heute abend die Vorschläge der dritten Kommission (Rüstungsbeschränkungen) an, über welche Lord Robert Cecil, Südafrika Bericht erstattete. Die Vorschläge bezwecken u. a. den Kampf gegen die Anwendung von giftigen Gasen, der am besten durch Veröffentlichung der einschlägigen Erfindungen geführt werden könne. Die Regelung des Waffenhandels soll durch eine möglichst schnelle Ratifizierung des Abkommens von Saint Germain durch alle Staaten, auch die Nichtmitglieder, erzielt werden. Ferner sind Maßnahmen zur Fortsetzung der im Kriege aufgehäuften Waffen- und Munitionslager notwendig. Fern von der letzten Versammlung ausgesprochene Wünsche, der sich gegen die Vermehrung der Rüstungen richtet, wird wiederholt, wie auch die Forderung nach Ermittlungen über den gegenwärtigen Stand der Rüstungen in den einzelnen Ländern. Der wichtigste Antrag der Kommission stützt sich auf Artikel 8 des Statuts und verlangt vom Rat die Annahme eines Planes für Rüstungsbeschränkungen. Lord Robert Cecil schloß seine Darlegungen mit der Forderung nach einer archangelischen Weltpropaganda für Rüstungsbeschränkungen und mit einem Appell an die Arbeiterklasse, der im Laufe der Debatte von verschiedenen Rednern angenommen wurde.

Darauf hielt Noblemaire seine große bereits mitgeteilte Rede, die den weiteren Verlauf der Sitzung vollständig beherrschte. Alle späteren Redner, Fisher-England, Dumand-Belgien und auch Lord Robert Cecil schlossen sich für an und hoben die Bedeutung ihrer Darlegungen zum deutsch-französischen Problem hervor. So gab Fisher zum Abschluß des Verständnisses Ausdruck, daß England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Bestrebungen nicht auf der einen Seite des Rheins. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Grenzen etwas verschieben haben. Er kritisierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsteilnehmer und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle. — Lord Robert Cecil, der die Debatte beischloß, bezeichnete die Rede Noblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, hält es aber für unerlässlich, wenn man nicht auf gewisse Mißverständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstreut werden können. Er hoffte, daß Noblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland, gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsbereite Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.

Darauf wurde einstimmig der Antrag Schanzer auf Annahme der Kommissionsanträge angenommen.

Ein amerikanisches Urteil über das deutsche Recht auf Oberschlesien.

Berlin, 1. Oktober.

Herr David Hunter Miller, der hervorragende amerikanische Publizist und Sachwalter für Internationales Recht, der vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen ist, hat bekanntlich die Behandlung der Oberschlesischen Frage vor dem Völkerbunde überreicht. Es darf daran erinnert werden, daß Herr Miller nicht nur amtlicher juristischer Vertreter des Amerikanischen Staatsdepartements während der letzten Präsidentschaftsperiode war, sondern auch in gleicher Eigenschaft dem Präsidenten Wilson bei der Pariser Konferenz zur Seite stand. In solcher Eigenschaft war er berufen, viele der Bestimmungen des Verfallener Vertrages zu formulieren und auch in ausgedehntem Maße verantwortlich für die Abfassung des Statuts des Völkerbundes. Herr Miller empfing heute einen Vertreter des R. F. V. und äußerte sich über seine Beurteilung der oberchlesischen Frage u. a.:

Die oberchlesische Frage ist jetzt glücklich vor dem Völkerbunde. Es ist ganz offenbar ein Vorteil für die Welt im allgemeinen und für Deutschland insbesondere, daß die Entscheidung über eine solche Frage getroffen werden soll durch eine Welt-Organisation, die zur Förderung des Weltfriedens errichtet wurde, und deren Entscheidungen sich notwendig auf die ewigen Grundzüge menschlichen Rechtes und menschlicher Gerechtigkeit gründen müssen, und nicht durch den Obersten Rat, da ja dieser eine politische Körperschaft ist, die unvermeidlich durch diejenigen zeitweiligen Einflüsse bestimmt wird, die auf politische Entscheidungen einzuwirken pflegen.

Ohne Zweifel ist die Stellung des Deutschen Reiches in Bezug auf Oberschlesien der Gegenstand vieler irriger Darstellungen und mancher Mißverständnisse vor dem größten aller Gerichtshöfe, der öffentlichen Meinung der Welt, gewesen, und infolgedessen erscheint es mir wichtig, daß die tatsächlichen Grundlagen der Frage endlich einmal allgemein anerkannt werden.

Während des ganzen Notenwechsels auf der Pariser Konferenz mit der deutschen Delegation hoben die Verbündeten immer wieder nachdrücklich hervor, daß der Vertrag sich auf den Waffenstillstand vom 11. November 1918 gründe, d. h. auf die Grundzüge, die Präsident Wilson ausgesprochen hatte, und daß dieser Vertrag demnach einen Frieden der Gerechtigkeit bedeute. Wenn wir nun auf die Erklärungen der Vereinigten Staaten blicken, die niedergeschrieben sind zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland im Kriege lagen — und die Erklärungen der Verbündeten ginnen nach derselben Richtung — so finden wir, daß Präsident Wilson, obwohl er anerkannte, daß ein politischer Staat zu schaffen sei, doch ausdrücklich erklärte, daß Gebiet dieses Staates solle in sich schließen „die Landesteile, die von einer unbekannt polnischen Bevölkerung bewohnt sind“. Mehr als einmal wurde in jenen Erklärungen dieses Wort „unbekannt“ wiederholt und bezeichnetenna u. a. in, daß mehr als einmal daselbe Wort von den Verbündeten in der Diskussion gerade dieses Punktes mit Deutschland gebraucht wird. Und könnte irgend jemand den Rat haben, zu sagen, Oberschlesien oder ein Teil sei unbekannt polnisch? Ein Gebiet, das nicht nur jahrhundertlang deutsch gewesen ist, sondern das, wie auch die Amerikaner ausdrücklich bemerkt haben, nicht zu den durch die Teilung verfallenen polnischen Gebieten gehört und das durch Volksabstimmung sich für das Deutsche entscheiden sollte?

Weder der Vertrag noch die Pariser Konferenz haben jemals etwas anderes in Betracht gezogen, als das Oberschlesien als Ganzes bei Deutschland bleiben sollte, falls eine deutsche Mehrheit sich ergebe. Die Unteilbarkeit Oberschlesiens wurde ausdrücklich anerkannt. Die ins Einzelne gehenden, viel erörterten Bestimmungen über die Abstimmung nach Gemeinden wurden zu einem großen Teil einfach aus anderen Abschnitten des Vertrages abgeschrieben und waren bestimmt, Christheit in den örtlichen Verfassungen für die Abstimmung zu sichern; die Abstimmungen irrtümlicherweise immer angenommen, daß die Abstimmung in Oberschlesien eine polnische Mehrheit ergeben würde und die Einzelbestimmungen haben nicht die große Bedeutung, die ihnen jetzt beigemessen wird.

Der Völkerbund ist bereits festgelegt in Bezug auf die für Oberschlesien in Betracht kommenden Grundzüge. Denn in der Sache der Kaland-Auslei, die bereits einstimmig von dem Rat des Völkerbundes entschieden ist, wurde die Theorie der Unteilbarkeit Oberschlesiens schlüssig verworfen. Der juristische Bericht über diese Angelegenheit den der Völkerbund annahm, besagt nämlich, daß jede Theorie von Unteilbarkeit „grundsätzlich unvereinbar wäre mit der Idee eines Staates als territorialer und politischer Einheit“. Der Anspruch Deutschlands auf Oberschlesien ist ein Anspruch, der wahrhaft auf den Vertrag von Versailles gegründet ist, gegründet auf das Ergebnis der Volksabstimmung, und gegründet auf die Interessen der betreffenden Bevölkerung, der aber außerdem auf einer viel tieferen und bedeutungsvolleren Grundlage ruht, auf den ewigen Menschheitsprinzipien von Recht und Gerechtigkeit, von deren Aufrechterhaltung der Friede der Welt abhängt.

Oberschlesien.

Paris, 1. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Autran-Agence“ meldet seinem Hute, daß der Völkerbundrat sein Gutachten über die Teilung Oberschlesiens dem Obersten Rat erst am 1. November über besanntgeben werde. Im Gegensatz hierzu berichtet der Sonderkorrespondent der „Information“ nach vorläufigen Erfindungen, daß die Kommission für Oberschlesien, falls keine unvorhergesehenen Weiterungen eintreten, dem Obersten Rat gegen Ende der nächsten Woche eine Lösung vorlegen zu können hoffe. Die beiden Sachverständigen Professor Herold vom Polytechnikum Zürich und der tschecho-slowakische Industrielle Podatsch seien gegenwärtig mit der Abfassung eines Berichts beschäftigt. Das von der Kommission eingeschlagene Verfahren sei völlig verschieden von demjenigen des Obersten Rates. Es handle sich um ein Kompromiß, das nicht mehr die Unteilbarkeit des Industrie-Dreiecks Deutsches-Rattowitz-Gleiwitz zur Grundlage habe. (W.F.)

Zur Frage der Regierungserweiterung

Schreibt die „Nationalliberale Revue“ u. a.: „Es liegt uns daran, in zwei Punkten eine wie es scheint systematische Irrführung der öffentlichen Meinung zu veranlassen, zumal sich an der Verbreitung unrichtiger Darstellungen auch der „Demokratische Zeitungsdienst“ beteiligt, der als das Organ der demokratischen Parteimeinung gilt. In dieser Korrespondenz wird in der Ausgabe vom 30. September über die Unterredung, die am Mittwoch bei dem Reichstanzler stattgefunden hat, ein Bericht gegeben, der zweifellos den Anschein erwecken soll, als sei von Seiten der Deutschen Volkspartei in ihrer Behauptung eine Erklärung über die Stellung der Partei zur Verfassung abgegeben worden. Tatsächlich hat, was wohl auch dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ bekannt sein dürfte, der Führer der Deutschen Volkspartei die Abgabe jeder Erklärung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Und wenn der „Demokratische Zeitungsdienst“ in derselben Nummer an einer anderen Stelle die Forderung aufstellt, die Deutsche Volkspartei müsse vor dem Eintritt in die Regierung die Weimarer Verfassung als Grundlage anerkennen, so erweist er damit der Erweiterung der Regierung seinen Dienst. Denn es bedarf nicht der nochmaligen Versicherung, daß die Deutsche Volkspartei die Abgabe jeder Erklärung ablehnen wird.“

Ein anderer Punkt betrifft die Steuerfrage. Hier wird in der demokratischen Presse die Lage so darzustellen, als bestände eine Differenz über das Steuerprogramm zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Diese Behauptung tritt ebenfalls in irreführender Gestalt auf. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie sich vorbehalten hat, ihre Stellung zu den Steuerfragen nach zu formulieren, und daß deshalb die endgültige Entscheidung hier noch aussteht, da es notwendig sein wird, zu den Forderungen der Sozialdemokraten Stellung zu nehmen. Unzutreffend aber ist es, zu behaupten, daß nur zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie eine Meinungsverschiedenheit auf diesem Gebiet bestehe. Die bisherigen Ausreden haben ergeben, daß Gesenläbe in Bezug auf die Steuerfragen die Sozialdemokratie nicht nur von der Deutschen Volkspartei, sondern ebenso sehr von der Demokratischen Partei und dem Zentrum scheiden. Es ist deshalb eine offenkundig tendenziöse Entstellung, wenn der Gegenstand allein auf die Deutsche Volkspartei zugespielt wird.

Die Antwort der Unabhängigen.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, die Anfrage der S. P. D. in folgendem Sinne zu beantworten:
Die Fraktion der Unabhängigen lehne keine Verantwortung für eine Erweiterung der bestehenden Koalition und für ihren Eintritt in die Regierung; sie habe das Kabinett Wirth bisher unterstützt und sei bereit, es auch

in Zukunft zu tun. Die U. S. P. D. halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition bereit sein würden die wichtigsten Punkte des Programms der Unabhängigen zu akzeptieren, wie: Schutz der Verfassung, der durch eine entsprechende Justizreform und gesetzliche Maßnahmen gegen anti-republikanische Beamte wirksam gemacht werden müßte; gründliche Erziehung der Goldwörter, Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Bevor die Unabhängigen die genannten Bedingungen formulieren, unter denen sie bereit wären, über einen Eintritt in die Regierung zu verhandeln, frage sie die S. P. D., ob die beiden bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition, das Zentrum und die Demokraten, sich mit diesen Vorbedingungen für weitere Verhandlungen einverstanden erklären.

Ausscheiden Hermes' aus der Reichsregierung?

Wie die „S. P. D.“ von gut unterrichteter Seite hören dürfte bei der kommenden Umbildung der Reichsregierung auch der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, der der Zentrumspartei angehört, aus der Regierung ausscheiden da ihm einer der wichtigsten, neu zu beschaffenden Posten angeboten worden ist. Diesen Posten dürfte er, auch mit Zustimmung seiner Partei, annehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung der Fremden, in Frage kommenden Macht ihr Agreement erteilen wird.

Herr Hermes ist bekanntlich der Zentrumsmittler gewesen, der von jeder am schärfsten von der Sozialdemokratie bekämpft worden ist wegen seiner Ernährungspolitik.

Der König von Württemberg †.

Stuttgart, 2. Okt. Der frühere König von Württemberg ist heute vormittag 11 1/2 Uhr im Alter von 78 Jahren laut verstorben. (W. F.)

König Wilhelm II. von Württemberg wurde als Sohn des Prinzen Friedrich von Württemberg am 26. Februar 1848 geboren. Er war in erster Ehe mit der Prinzessin Marie zu Waldeck-Pyrmont und nach deren im Jahre 1882 erfolgten Tode vom Jahre 1886 ab mit der Prinzessin Charlotte von Schaumburg-Lippe verheiratet. Der Verstorbenen, der in Göttingen und Tübingen studiert hat, nahm im württembergischen Hauptquartier im Jahre 1866 am Kampfe an der Tauber teil und machte im preussischen Decree den Feldzug von 1870/71 mit. Im Jahre 1891 folgte er seinem Oheim, dem König Karl I., auf den württembergischen Königsthron, nachdem im Jahre 1880 ein Kaiserlicher Mörder ein mitschuldigendes Attentat auf ihn ausgeübt hatte. Er war u. a. Chef des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 108, König Wilhelm II. von Württemberg. Nach seiner Abdankung lebte der König unter dem Titel eines Herzogs von Württemberg auf seinem im Schwarzwald gelegenen Jagdschloß Heidenhausen.

Der Schluß der Aussprache im Reichstag.

Verlagung des Reichstages.

(Fortsetzung aus dem Sonntags-Blatt.)

Berlin, 1. Oktober. (Abg. Koch (Dem.): Der Kern der Schwierigkeiten liegt darin, daß in einer Zeit, wo unser Volk sich nicht von den Folgen des Krieges erholen hat, es heute gibt, die das Volk in zwei Lager trennen wollen. Wenn auf dem deutsch-nationalen Parteitag zum Beispiel gesagt wird, es sei Zeit, den großen Entscheidungskampf zwischen rechts und links einzuleiten, so ist das der Gipfel der Verblendung. Die Politik der Verhandlung, die Politik der Mitte, ist allein imstande, in einer solchen Zeit unserem Volke zu helfen. Wir verurteilen nicht nur die Axtentate, wir verurteilen auch die Rohheit des politischen Kampfes, die Verunglimpfungen und Beschäftigungen von Politikern, ganz gleich, ob sie Herrn Scheidemann in Kassel oder Herrn Helfferich im Jugendheim treffen. Selbstverständlich erkennen wir den berechtigten Kern nationaler Forderungen durchaus an. Aber diese Forderungen sind nationalpolitisch, nicht nationalökonomisch. Wir wollen die deutschen Nationen die alten wehrhaften Traditionen aufrecht erhalten, so erreichen sie es nicht durch solche Forderungen, mit denen sie einen Teil des Volkes gewinnen, den andern aber um so härter abtöten und verbittern. (Zehr richtig!) Mit der Unterzeichnung zwischen nationaler und antinationaler Schöpfung sollte es ein Ende haben. Eine andere Unterzeichnung ist aber heute nötig, die zwischen national und nationalistisch. Wir halten es für nationalistisch, wenn man versucht, nationale Töne auch dann von sich zu geben, wenn sie dem Vaterlande schaden. Wir wollen alleitsches Recht auf beiden Seiten. Es kommt nicht darauf an, die Stellen in der Republik nach einem gewissen Proportionalismus unter die Parteien zu verteilen, es kommt vielmehr darauf an, daß alle, die sich in der Verwaltung beteiligen, für die Republik arbeiten und sich von jeder Parteilichkeit gegen die Republik enthalten. (Zustimmung.) Wir können die Gegenstände in unserem armen politisch, kulturell und religiös zerrissenen Volke nur überbrücken, wenn wir vergessen. In England gibt es nicht solche Gegenstände der Weltanschauung wie bei uns. Bestimmen wir ein solches System, dann würde unsere Wirtschaft in wenigen Jahren wieder aufgebaut sein. Meine Partei hat diesen Standpunkt seit der Revolution immer eingenommen, trotz aller Opfer. (Beifall bei den Dem.) Wir wollen die Erlösung, wir wollen eine Einigung der Mitte, und ich wünsche, daß aus dem Kabinett der Erlösung bald eine Kabinett der Versöhnung werden wird. (Beifall.)

Abg. Benerle (Bav. Vp.): Die Krise zwischen dem Reich und Bayern, die jetzt ihren Abschluß gefunden hat, war nicht nötig. Ich beäugte den persönlichen Ton der geistlichen Kanzlerrede. Der Kanzler sollte sich überlegen, ob er nicht in manchen Fällen auch den Goldwert des Schweigens erschaffen könnte. Gegenüber den geistlichen sozialistischen Angriffen gegen den bisherigen Ministerpräsidenten von Rahr habe ich hier die Lauterkeit und Reinheit seiner Gesinnung und seines Willens hervor. Die bairische Volkspartei hat sich nicht von Herrn von Rahr getrennt; er ist des Vertrauens und der Dankbarkeit der bairischen Volkspartei würdig. Sie erblickt in ihm auch weiterhin den Hort der Ruhe und Ordnung. Herr von Rahr ist auch kein deutsch-nationaler Parteimitglied gewesen. Die bairische Volkspartei, eine wahre Volkspartei, die sich auf alle Kreise des bairischen Volkes stützt, hat sich auf dem Boden der Verantwortung der bairischen Volkspartei in Bayern und in der Reichsregierung, die auf die Aufhebung gedrängt haben. Mit der Weimarer Verfassung haben wir durchaus nicht die Unitarier übernommen. Die jetzige Fassung der Verfassung bedeutet einen erfreulichen Fortschritt auf dem Wege des Föderalismus. In Weimar fanden wir bairischen Forderungen sah nie die Unterzeichnung der deutsch-nationalen. Und heute wird uns die „München-Augsburger Abendzeitung“ vor, wir hätten bairische Rechte veräußern. In Weimar wurde von deutsch-nationaler Seite keine deutsche Tribüne mit dem Reichstypus in Bayern gerichtet; jetzt aber stellt man sich als Vertreter der bairischen Rechte hin. Die Gefolgschaft, die Herrn von Rahr mit steigendem Rassen von deutsch-nationaler Seite gefolgt wurde, ist dem Grafen von Helldorf nicht zu trennen. Der Friede ist durch die Tätigkeit der bairischen Volkspartei, nicht „dank der Fähigkeit der deutsch-nationalen Volkspartei“ geschaffen worden. Uns kommt es auf positive Pflege des Reichs-

gedankens an. Denken Sie sich auch ein bißchen nach Bayern hinein, dann wird in die Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich mehr Wärme kommen.

Abg. Frau. Reiffen (Komm.): Zwischen uns und dem übrigen Volke fließt ein tiefer Gegenstrom. Einmal sind wir uns nur in der Forderung des Schutzes der Republik, die das Werk des Sozialismus ist. Der Republik steht allerdings noch der soziale Gehalt. Die Verordnungen des Reichspräsidenten jedoch ist kein Schutz für die Republik, sondern ein drittel Ausnahmestunden. Beschwerden sollen vom Reichspräsidenten entschieden werden. Das heißt den Teufel bei seiner Großmutter verlagern. (Zustimmung.) Ruffen rechts; Na, dann also lieber bei Ihnen! Ich bin lieber bei der Teufels Großmutter als deutsch-national. Die Reichspräsidenten sind nicht Herr im Hause der Republik, sondern wohlwollend geduldet. (Zustimmung.)

Abg. Dr. West (Komm. Vp.): Die Welker, die Sie (nach rechts) rufen, werden Sie nun nicht wieder los. Die durch den verlorenen Krieg sozial entwurzelten Offiziere müßten zum Kampfenproletariat herabsteigen. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen die Regierung Rahr.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Rechte und behauptet, daß der Nationalsozialismus erst nach einer Auflage bei der deutsch-nationalen Partei als Sommerfriseur in Kalmbach aufgenommen worden sei. (Rufe rechts: Erlösung!) Der deutsch-nationalen Parteisekretär Stark habe ausgedehnt, sich vor Augenblenden mit dem Nord an Erbacher identifizieren zu lassen. Die deutsch-nationale Kanaille, die sich im November 1918 nicht ans Licht wagte, ist schon wieder sehr groß geworden. Abg. Dr. Helfferich: Wer ist denn die Kanaille? — Abg. Kubitz (Unabh. Soz.): Das sind Sie! — Abg. Henning (D. N.): Dumme Vämme! — Große Unruhe. — Die Abg. Kubitz und Henning erhalten einen Ordnungsruf. Ein zweites Mal wird die Arbeiterschaft (sie nach rechts) nicht so schonen wie nach dem Rapp-Bund. Die Einigung zwischen Bayern und dem Reich bedeutet den Sieg des föderalistischen Standpunktes.

Abg. Graf Westarp (D. N.): Meine Freunde sind nicht der Ansicht, daß der Verlauf der Debatte und Anlag gibt; noch in eine einseitige Erörterung einzutreten. Ich habe nur die politischen Ergebnisse der Debatte festzuhalten. Von dem Material, mit welchem die Schuld der deutsch-nationalen Volkspartei erwiesen werden sollte, hat der Reichspräsident nicht Gebrauch gemacht. Gleichwohl hat er leider die Ehrenentlassung für unsere Partei, auf die wir Anspruch haben und die wir auch gefordert haben, nicht gegeben. (Zustimmung.) — Rufe: Frechheit und Verrat! Im weiteren Verlauf der Debatte haben die Herren Abgeordneten Scheidemann und Rosenfeld die Rolle übernommen, die Angriffe gegen uns mit der gebührenden Schärfe vorzutragen. Der Abgeordnete Scheidemann hat sich erlaubt, auszusprechen, daß uns die Schuld an dem Morde Erbacher trifft. (Zustimmung.) Diese Behauptung wird ja auch in den Apparat der Agitation draußen im Lande eingeschaltet werden. Man sie aber noch so oft wiederholt werden, sie ist und bleibt eine bewusste, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit. Damit schiebt die Aussprache. Die Abg. Hoffmann (Komm.) und Kaiser (Rechtssoz.) werden wegen verlesender Äußerung zur Ordnung gerufen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Stämpfer (Rechtssoz.) erklärt, daß der Artikel über das Sünden an den Vaterratspflicht nicht im „Vorwärts“ gekannt habe. — Abg. Rosenfeld (Unabh. Soz.) rufft den Redner an, ein Vaterratspflicht wäre für einen deutsch-nationalen zu schade. (Er erhält einen Ordnungsruf.) — Abg. Scheidemann (Rechtssoz.) hält seine Behauptung gegen die Rechte aufrecht; sie trage die moralische Schuld am Morde Erbacher.

Darauf wurden sämtliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Ausnahme des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik forderten, dem Reichspräsidenten vorgelegt. Es wurde beschlossen, weitere zehn Millionen für Oppau zu bewilligen und die weiteren Anträge auf Erhöhung der Renten zurückzuziehen. Das Gesetz über die Vorkriegsmehrwert wurde dem Steueransatz überwiefen. Darauf vertagte sich das Haus. Der Präsident erteilt die Ermächtigung, die nächste Sitzung nach dem Stande der Steuervorlagen einzuberufen, und zwar nicht nach dem 3. November.

Der Einzug des Bischofs.

Am Sonntag des Rosenkranzes betrat der Bischof von Meissen Dr. Schreiber die katholische Hofkirche zum erstenmal in seiner neuen Würde — ein feierlicher und bewundernswürdiger Augenblick für die sächsischen Befenner des katholischen Glaubens. Es war 10 Uhr früh; aus den Reihen der Nachzügler, die ihm von den Schultern auf die Berge des weiten Elbgürtels herabblanzen, erhob der Herrbischof sein freudensinniges Gesicht. Stodentlang erscholl, und der Bischof schritt in die Kirche hinein, empfing von Konfession und Weihen und sämtlichen katholischen Vereinen der Stadt. Prinz Johann Georg und Prinzessin Mathilde waren unter den zahlreichen Kirchbesuchern. Der Chor sang dem Einziehenden das Ecco sacerdos magnus entgegen. Als der Kirchenfürst Platz genommen hatte, grüßte ihn von der Kanzel herab der Superior und Pfarrer der Hofkirche, Kanonikus Hartmann. Das Pontifikat begann. Nach der Verlesung des Evangeliums hielt der Bischof, im Schmuck seines Amtes, den silbernen Hirtenstab in der Linken, die erste Predigt an die Dresdner Gemeinde. Er sprach von der Bedeutung des Tages. Da das alte Bistum Meissen vor der Errichtung der Hofkirche schon erloschen war, hat sie noch keinen Meissener Bischof in ihren Mauern gehabt; im Zeichen des Rosenkranzes, so führte der Bischof aus, tritt nun der erste in sie hinein. Die Predigt ging weiter auf den Stund Rosenkranzes und des Rosenkranzgebetes. Geleitetes Feld ist halbes Feld; unter dem Reichsbesitz dieses deutschen Sprachwortes wurde die schmerzandere Bedeutung des Rosenkranzes geschildert, wie sie aber auch als einleitend, in den sechs Geheimnissen, die der Gläubige dabei bedenkt, die Freuden der Maria verkörpert und endlich ausmündet in die trostreiche und glorreiche Gewißheit der göttlichen Gnade und der ewigen Fortdauer der Glaubenden. In Weihen und himmlischen Gefängen schlang sich die Feierlichkeit aus.

Wenn sich das Hochamt am Vormittag als eine rein religiöse Feierlichkeit gegeben hatte, so brachte die Gedächtnisfeier am Nachmittag im überfüllten Vereinshaus eine kirchenpolitische Kundgebung. Denn es waren nicht die einleitenden himmelstimmenden musikalischen Vorträge, die den Begrüßungsworten des Landtagsabgeordneten Dehler in voranzugingen, was der Veranlassung das besondere Gepräge ausstrahlte, sondern im letzten Grunde die Worte des Bischofs selbst, die klare Aussage seiner Aufgabe, wie sie sich ihm darstellte. Von dieser Rede aus, so darf man vielleicht in Anlehnung an ein vielgebrauchtes Wort sagen, kündet sich eine neue Epoche im kirchlichen, im innerpolitischen und speziell im kirchenpolitischen Leben Sachsens an. Regierungsrat Professor Hlasek hatte in längeren Ausführungen die Bedeutung der Bistumsgründung bereits grundlegend erörtert. Er hatte sie barockhaft als einen Ausdruck der durch politische Stürme unerschütterlichen Macht der katholischen Idee. In caritate Dei, d. h. in der Liebe an Gott, so hatte er in Bezugnahme auf den Wahlspruch des neuen Kirchenherrn gesagt, werde die Herrichtung der Gegenwart zu überwinden sein, und da müsse jeder die entscheidende Anspannung an sich selbst vollbringen. Dann trat der Bischof Dr. Schreiber selbst an das geschmückte Rednerpult und sprach in den Hauptpunkten ungefähr wie folgt: Ein Wort der Aufmunterung und der Nahrung anheim diesem Tage. Der Bischof ist in seiner Diözese zur Führerschaft bestimmt, und er will auch ein Führer sein. Gott sei Dank, daß nun die Freisinnigen gepredigt sind, die bisher den Angehörigen des katholischen Glaubens Ausnahmestunden auferlegten. In der Hoffnung, dem deutschen Volke ein Dester zu sein, und ein deutscher Mann zu sein, wird der Bischof nun sein Amt verwaltend. In Liebe allein läßt sich der Aufbau des niedergeborenen Deutschlands meistern. Diese Liebe soll nicht nur den Katholiken gelten, sondern allen, die willens sind, am Aufbau mitzuwirken. Sie sollen die Kräfte einsehen, die sie besitzen, aber sie sollen auch die Kräfte freisetzen, die in der katholischen Weltanschauung wurzeln, denn das bedeutet wirkliche Demokratie und wahre Gewissensfreiheit. Der Bischof und seine Diözesanen stehen auf dem Boden der neuen Verfassung, aber sie wollen, daß die Verfassung auch voll durchgeführt werde. Auf allen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens hat der Katholizismus den Anspruch, zum Aufbau wirksam heranzuzugreifen zu werden. Jede andere Ueberzeugung, wenn sie es nicht ernstlich ist, wird in ihrem Rechte auf Mitarbeit anerkannt; freilich ist die katholische Weltanschauung mit geschichtlichen Rechten, mit dem Ausweis ihrer Leistungen für die Entwicklung der deutschen Kultur, in bevorzugtem Maße befähigt zur Aufbaubarkeit. Es heißt für das deutsche Volk das Beste wollen, wenn man die Entbindung der Kräfte der katholischen Weltanschauung überdacht. Zwischen den verschiedenen Weltanschauungen kann kein Zielkonflikt entstehen, aber ein Wettlauf zum gemeinsamen Ziele, und der Katholizismus ist überlegen, dabei nicht zu kurz zu kommen. An erster Linie fordert er die konfessionelle Schule, die ungeschmälteste Entfaltung seiner Denkmotive auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Gleichberechtigung seiner Wohltätigkeitsveranstaltungen. Wenn die Diözesanen hinter ihren Bischof treten, dann wird der Weg sicher glücklicher sein. Der Bischof will dienen, nicht bedient sein, und nächst den Glaubensgenossen allen anderen dienen, wenn sie es nicht vorziehen, aus den Anstößen der katholischen Religion auch für ihre Aufbaubarkeit etwas zu entnehmen. — Mit bischöflichem Segen schloß die Versammlung.

Nichtabführung von Steuerabzügen vom Lohne.

Eine bemerkenswerte Gerichtsentscheidung. Das Schöffengericht zu Pirna hatte Anfang Juli die ehemaligen Inhaber der sächsischen Akt- und Dolomittelwerke, Augustin u. Pleiß, Wert Rennmannsdorf, Amtshauptmannschaft Pirna, den Großhändler Rudolf Erich Angerlein und den Bau-Ingenieur Alfred Otto Alwin Pleiß, wegen Steuerhinterziehung zu je 61 800 Mark Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle ein jeder im Falle der Uneinbringlichkeit 1 Jahr Gefängnis zu verbüßen haben sollte. Als Inhaber des Werkes sollen beide in der Zeit von Ende Juni bis zu Anfang November vorigen Jahres der Arbeiterschaft die vom Reiche vorgeschriebenen 10 Prozent Steuern vom Lohne gekürzt, den Betrag in Gesamthöhe von 12 278 Mk. aber an die Reichskassen nicht abgeführt haben. Das Schöffengericht erkannte auf den fünffachen Betrag als Strafe. Die Berufungen wie auch die Staatsanwaltschaft legten dagegen Berufung ein, so daß sich jetzt die letzte Instanz des Dresdner Landgerichts mit der Angelegenheit beschäftigen mußte und eine prinzipielle Entscheidung als Berufungsinstanz fällte. Die beiden Angeklagten erklärten: Die Abzüge vom Lohn seien nach dem vom Reiche erlassenen Vorschriften bewirkt worden, eine Steuerhinterziehung liege nicht vor. Zum Zwecke der Lohnzahlung seien jeweils nach Abrechnung der für Steuern zu kürzenden Beträge nur die tatsächlichen Summen im Wege des Kredites bei der Bank erhoben worden, die an die Arbeiterschaft direkt auszusahlen waren. Jederzeit hätten die Steuerlisten von der Behörde eingesehen und nachgeprüft werden können. Allezeit Schwierigkeiten seien zu überwinden gewesen, besonders habe die Lieferung der für die Metallindustrie erforderlichen Rohstoffe, auf sei das Werk mit gegen 85 Arbeitern zu hart belastet gewesen. Entlassungen hätten nicht vorgenommen werden dürfen, obgleich eine Verminderung der Arbeiterzahl nötig gewesen wäre, wenn der Betrieb rational geführt werden sollte. Gegen Arbeiterentlassungen habe die Behörde Einspruch erhoben, der Gewerkschaftsbeamte Rimmich-Pirna sei des öfteren im Werk gewesen, um selbst zu prüfen und mitzuberaten, was getan werden konnte, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und Entlassungen zu verhüten. Letzterer sei auch fernerzeit mit einem der Wirtenhaber beim Wirtschaftsdirektor

Seite 2
Montag, 3. Oktober 1921
Dresdner Nachrichten
Nr. 465

Die Deckung der nächsten Zahlungsrate.

Paris, 1. Okt. In der Mitteilung des Garantiekomitees, daß der am 15. November fällige Betrag der deutschen Ausfuhrabgabe bereits durch deutsche Gegenleistungen ausgedeckt sei und Deutschland am genannten Tage keine Zahlungen zu leisten habe, schreibt der „Temps“: Die am 15. November fällige Summe der Ausfuhrabgabe für das Vierteljahr vom 1. Mai bis 31. Juni werde voraussichtlich auf 310 Millionen Goldmark geschätzt. In dem gleichen Zeitraum hätten die deutschen Schiffe, namentlich diejenigen an Frankreich (Kohlen, Kohlenprodukte, Farbstoffe, pharmazeutische Produkte, Wiederaufbaumaterial usw.) einen Wert von 151 Millionen Goldmark gehabt. Die Lieferungen vom 1. August bis 15. November würden mindestens ebenso hoch sein. Infolgedessen sei der am 15. November von Seiten Deutschlands fällige Betrag gedeckt. (B. Z. V.)

Wieder vereint.

Berlin, 1. Okt. Im Verlauf der Festlegung der neuen deutsch-belgischen Grenze ist bekanntlich das zum Kreise Malmédy gehörige Dorf Loshelm entsprechend dem einstimmigen Wunsch seiner Bewohner durch Beschluß der Grenzkommission Deutschland wieder zugesprochen worden. Die Uebernahme des Dorfes in deutsche Verwaltung hat am 1. Oktober in Gegenwart des deutschen Grenzkommissars und eines Vertreters des Regierungspräsidenten vonachen stattgefunden. Die Uebernahme war von erfreulichen Kundgebungen der Bewohner begleitet. Sämtliche Einwohner des Dorfes, das reichen Flaogenstand angelegt hatte, waren von früher Morgenstunde ab in feierlicher Stimmung zusammen und als die Uebernahme ansagedprochen wurde, kante der Jubel seine Grenzen mehr. Alle Ansprachen, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, ließen deutlich die tiefe Vereinerung der Bewohner über die Befreiung von der Fremdherrschaft und über die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande erkennen. (B. Z. V.)

Die Bestimmungen des Rathenau-Voucher-Abkommens.

Paris, 1. Okt. Die „Journé Industrielle“ veröffentlicht im Auszug die wichtigsten Bestimmungen des Voucher-Rathenau-Abkommens die sie angeblich in Berlin erfahren haben will. Danach erfolgen die gesamten Lieferungen auf privatem Wege. In diesem Ziel soll in Deutschland eine Privatwirtschaft gegründet werden, die mit der Lieferung des Materials beauftragt wird. Die deutsche Ausgabe soll mit einer Ausfuhrabgabe belegt werden, deren Ergebnis zur Verfügung des Garantiekomitees gestellt werden soll. Weiterhin wird bestimmt, daß der Gesamtbetrag der von Frankreich Deutschland ausgedruckten Lieferungen den Anteil Frankreichs an der deutschen Reparationsleistung nicht übersteigen darf. Die französische Regierung kann den Betrag mit einjähriger Frist kündigen. Der deutschen Regierung steht das gleiche Recht zu, jedoch erst vom 1. Mai 1923 ab. Ein Antrag zu dem Hauptvertrag steht die Lieferungsmodalitäten fest. Eine Kommission von drei Mitgliedern, darunter ein Deutscher, ist benannt, alle Streit-

fragen zu entscheiden. Sie bestimmt auch die Preise der Lieferungen.

Jahresüberblick der Technischen Nothilfe.

Am 30. September d. J. konnte die Technische Nothilfe auf ein zweites Jahr ihres Bestehens zurückblicken. So häufig wie im ersten Jahre hat sie in diesem Jahre nicht in Tätigkeit treten brauchen. Außerdem ist die Technische Nothilfe 1919/20 nach den einschlägigen Ergebnissen 52mal einsetzten mußte, befaßte sich diesmal, soweit sich bisher überblicken läßt, die Einzahlungen auf 300. Nichtbekanntener nicht die Statistik, daß auch im letzten Jahre Nothilfe an irgendeinem Ort im Deutschen Reich tätig war. Von den 52 Jahreswochen sind nur 6 ohne heftigen Einsatz gewesen.

Bestand der aufrechterhaltenen Betriebe hat sich im Berichtsjahre 1920/21 gegenüber dem ersten Jahre 1919/20 das Bild insofern veränderten, als die Einzahlungen für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im Verhältnis zueinander stehen ist, während in der Landwirtschaft diese Mittel bedeutend gekürzt sind. Auch das Eingreifen der Technischen Nothilfe bei elementaren Unglücksfällen hat sich beträchtlich erhöht. Hier stehen den 8 Fällen dieser Art vom Vorjahr im Berichtsjahre 20 gegenüber.

Der Ausbau der Organisation ist kräftig fortgeschritten. Die Zahl der Orts- bzw. Landgruppen hat sich um über die Hälfte vermehrt, die Mittelgliederzahl hat sich seit dem Vorjahre verdoppelt. Die einzelnen Vereine sind an der Mittelgliederzahl folgendermaßen beteiligt: Technische Nothilfe 18 Prozent, Handwerker 10 Prozent, Landwirte 2 Prozent, freie Berufe 18 Prozent, Arbeiter 15 Prozent, Studenten 6 Prozent und Frauen 11 Prozent.

Eine Trauerfeier der Zentrumsfraktion.

Berlin, 2. Okt. Am Reichstagsgebäude fand heute unter Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichsanstalters, des Präsidenten des Reichstages und zahlreicher Minister und Vertreter von Behörden und öffentlichen Körpern, sowie einer großen Zahl führender Parlamentarier aus allen Fraktionen die Trauerfeier der Zentrumsfraktion des Reichstages für ihre verstorbenen Mitglieder Dige, Trimborn, Vurlage und Erzberger statt.

Streik der Zeitungsausträger in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. Okt. Seit gestern morgen streiken die Frankfurter Zeitungsträger und Zeitungsbräuerinnen, so daß den Abonnenten die Zeitungen nicht zugestellt werden können.

Serbien gegen die tschechische Vermittlung?

Belgrad, 2. Okt. (Gg. Weid.) Hier fand ein Ministerialrat statt, in welchem nach einem Vortrage von Ruffisch die Aktion Dr. Beuschl in der jugoslawischen Frage besprochen und festgestellt wurde, daß die Aktion im Grunde genommen den Erlaß eines Vertrags ändere, dessen Autorität man auf jeden Fall aufrechterhalten müsse.

Budapest, 2. Okt. (Gg. Weid.) Die rumänische Regierung hat über das ungarische Grenzgebiet den Belagerungszustand verhängt und die Grenze gegen Ungarn gesperrt.

empfohlene Bad Eider bleibt das ganze Jahr zum Kurbetrieb geöffnet. Es ist für diesen Winter die Benutzung des Offizier-Gesellschafts beschlossen worden.

Bitte um Bücher für die Gefangenhaltung II. Wir erhalten das folgende Schreiben: Den Gefangenen müssen von der Anstaltsverwaltung für die arbeitsfreien Zeiten Bücher zum Lesen gegeben werden.

Auf ein 40 jähriges Weibchen kann am heutigen Montag die bekannte Buchbinderin und Buchhändlerin von Bernhard Roth...

Andäulen. Seit 25 Jahren in Diensten bei dem Kaiserlichen Hof...

Neue kirchliche Nachrichten. In der Kirche. Am Abend des 2. Oktobers...

Der Bezirksausschuss Dresden-Rusthalt hält Mittwochs, den 3. d. M., nachmittags 5 Uhr, eine Sitzung ab.

Denkmal für den verstorbenen. In der Kirche. Am Montag, den 2. Oktober...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Ein Operant-Vortrag. Herr Adolf Smith, Arrangeur im Golland...

In der Handelsschule von Anna Oshle und Anna Kufana...

Die Aufnahme eines Heirats. Der falsche Graf Christian von Dogn...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

beim an der Abendmahlstube wohnhaft war, von einem Schlaganfall getroffen, der seinen augenblicklichen Tod herbeiführte.

Großhain. In der Nacht zum Sonnabend war in der 10a, Braunstein-Wahlstraße der Chemiker Adolf...

Die angeblichen Hamstervorräte in Minister Cipinski's Wohnung.

Im weiteren Verlaufe der im Sonntagsblatt ausführlich berichteten Verhandlung vor dem Dresdener Landgericht...

Aburteilung einer Berliner Diebes- und Hehlerbande.

Zahlreiche mit unglücklicher Dreistigkeit ausgeführte Einbrüche...

Die Anklage richtet sich gegen die 1893 im Ludau geborenen Schloffer Julius Richard Heintz...

Die Anklage richtet sich gegen die 1893 im Ludau geborenen Schloffer Julius Richard Heintz und den Sängler Otto Georg Friedemann...

Landgerichte zu Stettin und Berlin, sowie vom Schöffengericht Jüterbog zu insgesamt 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist...

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Konkurse, Zahlungsansprüche usw. Im Dresdener Amtsgericht...

Verleugungen im Dresdener Amtsgerichtsbezirk.

Am 12. Oktober vormittags 9 Uhr, das im Grundbuche A für Antonstadt...

Bereinskafelder für heute.

Wand deutscher Flieger. Mitglieder des K. Reichs- u. Sr. Brüdergasse.

Vorschläge für den Mittagsbill.

Rudessuppe; Vorküchen mit Kartoffeln. In der Stadt...

Ein Apobeamter mit 862 000 M. flüchtig.

Der Apobeamte Flachetka von der Doppelten Apo begab sich am Sonntag...

Wetterlage in Europa am 2. Oktober, 8 Uhr früh.

Table with 10 columns: Station, Richtung, Wetter, Temp., etc. Rows include Berlin, Hamburg, etc.

Wettertelegraph am 2. Oktober, 7 Uhr früh.

Table with 10 columns: Station, Höhe, Temp., etc. Rows include Dresden, Leipzig, etc.

Wetter-Aussicht für Montag, den 3. Oktober.

Table with 10 columns: Station, Höhe, Temp., etc. Rows include Dresden, Leipzig, etc.

Der alten alten Zeit, als der Großvater die Großmutter nahm...

Im Musik-Zool Herrmann Roth kamen aus der Hand...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

rommes Gemüt, das seine Weihen von der Musica sacra empfängt...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Das Dogma ist aber zu überwinden durch Zuhöreränderung.

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Die Bilder vorströme. Wie vor dem Kriege werden wieder alljährlich...

Schließung des Textil- und Textilhandels.

Der Reichsbund des Textil- und Textilhandels beschloß sich in einer Ausschussung, wie die Textil- und Textilhandels...

Einen praktischen Beweis dieser Einigkeit erbrachte die Versammlung, indem sie beschloß, über die Mitglieder der...

Der Reichswirtschaftsrat gegen die Einführung eines Differentialsteuers. Wie den V. P. R. mitgeteilt wird, lag dem Ausschuss...

Dresdner Chromo- und Kunstdruck-Papierfabrik Krause & Baumann Aktiengesellschaft, Heidenau. Der Aufsichtsrat beschloß...

Sondermann & Stier Aktiengesellschaft, Chemnitz. Der Aufsichtsrat beschloß...

Reichsbank. Der Aufsichtsrat beschloß eine Kapitalverdoppelung von 4 1/2 auf 9 Millionen Mark vor.

Bayerische Zuckerfabrik Aktiengesellschaft, Bayreuth. In der letzten Aufsichtsratsversammlung...

Wahlengrundriss, das demnach frei wird, für die Gesellschaftszwecke...

Reorganisation des Siemens-Konzerns. Mit ein Vertriebskapital von 20,5 Millionen Mark...

Visionen A.-G. Die Aufsichtsratsversammlung schloß 25 % (20 % Dividende) auf 100 Millionen Mark Aktienkapital vor.

Obenlohe-Werke A.-G. In der in Breslau abgehaltenen Hauptversammlung waren 70.861.000 M. Aktienkapital vertreten.

Wahlengrundriss. Die Aufsichtsratsversammlung beschloß die Einführung einer Dividende von 5 % auf die Stammschuld...

Goldbearbeitung, A.-G. vorm. Maudsl. in Götting. Die außerordentliche Hauptversammlung erhöhte das Grundkapital um 2 Millionen Mark...

Aufhebung des Schiffbau-Konzerns. Von Seiten der Aktienbesitzer...

Werkzeugmaschinen-Handel. Auf der letzten gemeinsamen Sitzung des Vereins...

Stichtag eines Wiener Dividendenplanen. An der Wiener Börse hat die Nachricht...

Radrennen - Sport.

Radrennen zu Dresden.

Nielsen Sieger im Goldenen Rad von Dresden. Bei einem Massenlauf von weit über 20.000 Zuschauern...

Rath 5 Uhr kamen vom Westen her zwei Doppeldacker des Deutschen Luft-Vereins...

Wahrscheinlichkeit der D. N. U. über 1 Kilometer. Dem Sieger Weltrekordmedaille...

Wahrscheinlichkeit der D. N. U. über 10 Kilometer. Dem Sieger Weltrekordmedaille...

Berlin. Kriterium für Sieger: 1. Stabe 5 Punkte, 2. Kreuz 4 Punkte...

Der Große Straßenpreis von München über 210 Kilometer land am gestrigen Sonntag...

Monatlich nur Mk. 30,-

Der Kaufmann von heute

Kaufmännisches Unterrichts- und Fortbildungswerk für die berufliche Ausbildung...

Herausgegeben von Dipl. Handelslehrer Studienrat Dr. jur. et phil. Karl Sewering

Prof. Dr. Amsel, Direkt. Walter Berg, Gerichtsassessor Bergmann, Studienrat Joh. Friedrich...

3 hoheleg. Halbleuab. in Lexikonformat mit über 2100 Seiten Text. Preis für jeden Band ohne Aufschlag...

Aufgebaut auf die allerneuesten Zeitverhältnisse bietet der 'Kaufmann von heute'...

Aus dem reichen Inhalt: Buchführung und Bilanzkunde, einfache, doppelte, amerikan. Journal...

Su beziehen durch die Akademische Buchhandlung R. Max Lippold, Leipzig, gegen bequeme monatliche Teilzahlungen...

Bestellschein. So bestelle hiermit bei der akademischen Buchhandlung R. Max Lippold in Leipzig...

Briefkasten.

Sprechstunden des Briefkastenredakteurs: Donnerstags (außer an Sonn- und Feiertagen) von 11 bis 12 Uhr; samstags von 10 bis 11 Uhr.

... R. (B. R.). Als langjähriger Abonnent der „Dresdner Nachr.“ bitte ich Dich um Dein gefälliges Urteil, da meine Beschriftung nicht ausreicht, das Rätsel zu lösen. Nach dem Sieg über Kriegsgewinn vom Vermögenszuwachs (Zuwachsbreite) sollte, wie Erbsberger lehrhaft mit Empfindlichkeit verkündete, kein Kriegsgewinn höher als etwa 150.000 Mk. bleiben. Und was sieht man nun nach erfolgter Kriegsgewinnabgabe? Ungezählte Millionen sind im Besitze der Gewinner geblieben. Man kennt sie ja alle ganz genau im Städtchen — und das Steueramt kennt sie auch — die Fabrikanten, Kaufleute, Viehhändler, Landwirte usw., die hohe Gewinne gehabt haben. Man weiß genau, der und jener hat vor dem Kriege nicht geblieben und jetzt führt er in seinem Auto mit Familie spazieren; jener Fabrikant hand vor dem Kriege vom Konkurs, jetzt nennt er Werte von 5 Millionen sein eigen; jener Gewerbetreibende war vor dem Kriege ganz arm, jetzt verbreitet er selbst, er habe im Kriege nahezu 1 Million verdient — Kriegsgewinn hat er aber nur 40.000 Mk. bezahlt! Fragt man die Gewinner selbst, so sagen sie meist: Ja, ich habe meinen Gewinn wieder in das Geschäft, in die Ware gesteckt, ich habe gebaut, Maschinen angeschafft oder dergleichen. Das ist doch aber immerhin Gewinn und unterliegt doch wohl der Steuer! Ich frage, was nützen eigentlich Steuererträge, wenn sie nicht oder nur auf einen Teil der Vermögensgegenstände angewendet werden? — Den Steuerbehörden darfst Du in diesem Falle die Schuld nicht beimessen. Sie sind bei ihrer gegenwärtigen Überlastung gar nicht in der Lage, die einzelnen Fälle nachsprühen, sondern müssen sich darauf beschränken, dies in den Fällen zu tun, wo sie von offensichtlichen Steuerhinterziehungen Kenntnis erhalten. Zweifellos ist von vielen, die im Kriege große Gewinne gemacht haben, die Angabe über ihren Vermögenszuwachs in sehr wehrerlicher Weise erfolgt. Andere haben es in krassester Weise verstanden, ihr Geld durch persönliche und geschäftliche Aufwendungen aller Art zu verhehlen und dadurch dem Zugriff der Steuer zu entziehen. Jedoch darf man nicht bei allen, die in den letzten Jahren reich geworden sind, ohne weiteres annehmen, daß sie sich einer unrichtigen Deklaration schuldig gemacht hätten. Vielfach rührt der Gewinn auch zum großen Teil aus der Zeit nach dem Eintritte her, der für die Deklaration der Zuwachsteuer maßgebend war.

... Einfame Witwe. „Erstreck nicht, Onkel Schürke, ich beschuldige dich nicht, Dir einen Neffen zu entlocken, sondern wünsche zu wissen, ob es hier nicht einen kleinen Verein von älteren Damen aus besseren Kreisen gibt, die an bestimmten Tagen der Woche — reichum, wie Kranzschwestern — zusammenkommen, um in bestem Sinne bessere Unterhaltung zu pflegen. Mein leider zu früh verstorbenen Mann, ein höherer Beamter mit akademischer Bildung, besah einen sonnenigen Humor, den er auch auf mich und meine unteren Haushalt teilende unverheiratete Schwester zu übertragen verstand. Da ging es in unserm kleinen Familienkreise noch dem Motto: „Mensch, ärgere Dich nicht“, immer lustig und fidel zu. Heute stehe ich allein, da meine Schwester bald nach meinem Manne ebenfalls starb und eine Nichte, die ich später zu mir nahm, sich inzwischen nach auswärts verheiratet hat. Ich habe dann versucht, in dem von mir angebotenen Sinne Anschluss zu finden, hatte

aber kein Glück damit, denn was ich suchte, war nicht nach meinem Geschmack. Nun komme ich zu Dir. Vielleicht weißt Du, wo und wie ich das finden kann, was ich suche.“ — Nun, das einfache würde doch wohl sein, wenn Du Dich mit Deinem Wunsch in die Öffentlichkeit wendest und eine angedeutete Annonce vom Stapel liehst. Reichen aber auch damit alle Stränge, dann würde ich Dir raten, selbst einen Verein nach Deinem Gusto zu gründen und Dir dabei einen Klub mit Namen „Jolly, old Ladies club“ in Reifeform zum Mutter zu nehmen. In dessen Statuten heißt es: „Ein guter Humor führt zur ewigen Jugend. Das Leben ist ewig, der sogenannte Tod existiert nicht. Glück und eine gute Verdauung müssen Hand in Hand gehen. Es ist verboten, über Krankheit Unfälle oder Sorgen zu arbeln.“ In diesen Klub werden nur lebenslustige Damen aufgenommen, die an Gott, an die Welt und an sich selbst glauben und — über 60 Jahre alt sind.

... Ein alter Abonnent. „In Ihren „Gedanken und Einfällen“ der letzten Sonntagsnummer besprachen Sie den Verkehr auf den Eisbänden und dies veranlaßt mich, auf folgenden aufmerksam zu machen. An den linken Aufhängen der Friedrich-August-Brücke befinden sich Schilder mit der Aufschrift: „Rechts gehen. Königl. Pol. Direktion.“ An diesen ist nicht weniger als alles falsch. 1. gibt es keine königliche Polizeidirektion mehr; 2. kann „Pol.“ ohne Vindikation zwischen Pol. und Direktion nur ein Eigenschaftswort bedeuten und würde daher heißen: politische, politische usw. Direktion, aber niemals Polizeidirektion; 3. ist auch „rechts gehen“ falsch, wie nachfolgendes lehrt. Ich ging auf der rechten Brückenseite und hielt mich links. Mir entgegen kam ein Mann links auf der linken Brückenseite und hielt sich rechts. Wir stiegen zusammen. Ich sagte ihm, daß er rechts zu gehen hätte. Darauf antwortete er mir: „Ich gehe rechts, Sie gehen links“. Der Mann hatte recht. Er ging rechts, wie die Polizeivorschrift lautet, allerdings auf der linken (falschen) Brückenseite. Die politische Aufforderung „Rechts gehen“ ist also ungenügend und irreführend. Es muß heißen: „Auf die rechte Brückenseite gehen!“ — Du hast ja vollkommen recht, aber Du mußt bedenken, daß unsere Behörden heute bei der Ueberfülle von Anordnungen, Verordnungen, Genehmigungen, Verbote, Forderungen und Aufhebungen wirklich keine Zeit mehr haben, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen und auf grammatikalische und stilistische Formvollendung zu prüfen. Da läßt dann bald mal ein Irrtum mit unter — und irren wurde ja bereits von den alten Römern als etwas Menschliches bezeichnet und dementsprechend entschuldigt. Allerdings muß man zugeben, daß es gar nichts schaden könnte, wenn es in dieser Hinsicht bei uns heute etwas weniger „menschliche“ wäre.

... B. K. „Das Bisher zwischen mir und meinen Unternehmern (Verwandte meiner Frau) hinsichtlich bestehende Mietinsabkommen, wonach diese genau die Hälfte des gesamten Mietins bisher zahlten, will ich ab 1. Oktober d. J. aufheben und von meinen beiden Unternehmern einen erhöhten und zeitgemäßen Mietins fordern. Bin ich hierzu berechtigt oder muß ich mich an das mündliche Abkommen halten? Können die Unternehmer beim Mietinsabkommen mit Erfolg Einspruch erheben und die Bezahlung des von mir ab 1. Oktober zu fordernden Mietins verweigern? Ist überhaupt das Mietinsabkommen in dieser Frage zulässig? — Wenn Ihre Unternehmern sich ihrer Kündigung des Mietins nicht fügen wollen, müssen Sie die Genehmigung des Einigungsamtes einholen.“

... „Mittlerer Welt“ ... „Der Herr ...“ ... „Am Sonntag den 11. September, habe ich mit einigen Freunden den Jugend-Bildungsverein im Kultur-Theater besucht. Auf dem Programm stand ein Vortrag von H. R. (H. R.) über die Bedeutung der Volkshochschule. ...“

... Sch. Lebes. „Lieber Schürke! Zur Vertheidigung des Wortes „Konvertationslexikon“ möchte ich auf einen Vorfall hinweisen, den ich vor längerer Zeit — ich glaube, in einer Sprachzeitschrift — gelesen habe und der wohl verdient, öffentlich bekannt zu werden. Das Vogelwörterbuch Konvertationslexikon liehe ich ganz gut durch „Fragebogen“ erledigen. Es wäre nur nötig, daß sich dieses Wort, ähnlich wie feinergeht das heute so bekannte und allen Verlesenen so geläufige „Stettdes“ einbürgert.“ — Nicht übel! Gerade Dein Vergleich mit „Stettdes“ gefällt mir ausgesprochen. Antimalen es bei einem solchen ja auch immer „was zu fragen“ gibt. Öffentlich fragt Brockhaus dafür, daß man sich auch auf diese Art fragen und Antworten im neuen „Fragebogen“ richtig orientieren kann.

... Heiratlichschicksale. „Acht Oergeld (5 + 5 + 3 = 13 Mk.) hat annehmen angenommen, mit der Aufnahme in diese Zeile hätte es eventuell sündigen, wie in einer Fälschung beim Preveladen, was aber leider nicht der Fall ist, Antimalen in Onkel Schürkes Worten — ich wollte sagen: Schürkeschicksale — in wenig Platz ist, um mehr als eine Dose! — Ich wollte sagen: Nicht — auf einmal darin unterzubringen. Dies vorausgeschickt, lasse ich die Dose in folgendem für sich selbst sprechen. Sie schreibt: „Ich bin 37 Jahre alt, blond, mittelgroß, von noch innewilligem, hübschem Aussehen, von guter Bildung und aus angesehener Familie. Da ich schon verheiratet war, aber das Unheil hatte, mich noch vor kurzem die wieder scheiden lassen zu müssen, bin ich im Besitze einer vollständigen und guten Wäsche- und Möbelausstattung und verführe mich über ein kleines Vermögen von vorwärts 2000 Mk. ...“

Seite 8

Str. 463

Emmy Land vom Hamburger Stadttheater. Lieder-Abend mit Kompositionen von Georg Liebling. Am Reichstein: Der Komponist.

HEUTE Montag, 7 1/2 Uhr, Palmengarten. Viktor von Frankenberg. Klavierabend.

Viktoria-Theater. Paul Beckers. Graf Anton — Anton Graf.

Königshof-Theater. Mar Neumann. Mickedietzel. Der alte Dorfschullehrer.

„Savoy-Albertshof“ Vornehmstes Restaurant. Täglich 8 Uhr Tee. Ab 8 Uhr abends Künstler-Konzert.

Central-Theater Diele. Engelbert Milde's Künstlerspiele. Walter Bährmann, Hertha Loewe, Rudolf Hock, Trude Thiem, Fritj Randow, Lotte Land.

WEIN-GASTRA WEIN-STUBEN. GROSE BRÜDERGASSE 10. Gute und billige WEINE.

Brillanten, Gold, Platin und Silbergegenstände, Familienschmuck, Uhren, Perlen, Bestecksachen günstig verkaufen.

Säcke Ein- und Verkauf, neue, gebr. Stopfgarn, Leihverkehr. HARRY HOFFMEISTER, DRESDEN A. 5.

Ball-Anzeiger. Annenjäle. Fischholplatz 10. Damen-Ball 5 1/2.

Deutsche Reichskrone. Paradiesgarten. Grobes Winzerfest.

Linckesches Bad. Bornehme Ballman.

Schusterhaus. Montags-Ballschau. Heute: Große Hauskirmes und Schlachtfest.

Selten günstiges Angebot. Schlafzimmer. Tränkners Möbelhaus.

Bund deutscher Flieger. Saal frei.

Opernhaus. Die Bekannte.

Schauspielhaus. Die Bekannte.

Neustädter Schauspielhaus. Die Bekannte.

Residenz-Theater. Die Bekannte.

Central-Theater. Die Bekannte.

Bankhaus Grieshammer & Söder. Dresden-A., Viktoriastrasse 28. Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte.